

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tele.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernspracher Nr. 210.

Nr. 123.

60. Jahrgang.
Sonntag, den 31. Mai

1913.

Im Handelsregister ist am 21. Mai auf Blatt 297 — Landbezirk — (Firma: **Hermann Alban Bauch** in **Schönheide**) eingetragen worden, daß die Firma künftig **Alban Bauch** lautet.
Die auf Blatt 262 — Stadtbezirk — eingetragene Firma **Flach & Petzold** ist am 29. Mai gelöscht worden.
Eibenstock, den 29. Mai 1913.

Königliches Amtsgericht.

Sie Frieden, Sie Krieg.

Der heutige Freitag wird der große Tag sein, an dem der etwa sieben Monate währende Krieg zwischen den Balkanverbündeten und der Türkei sein offizielles Ende finden soll. Unter „Neuesten Nachrichten“ in gestriger Nummer kündigten wir dieses schon an, und nun weiß auch das Bureau Kenter bereits Zeit und Stunde dieses wichtigen Ereignisses anzugeben:

London, 29. Mai. Wie „Kenter“ erzählt, richtete Grey heute abend an alle Delegierten die Einladung, morgen mittag halb 1 Uhr im St. Jamespalast zusammenzukommen, um den Frieden zu unterzeichnen. Grey fügte hinzu, er hoffe, selbst zugegen zu sein, um einige Worte an die Delegierten richten zu können. Die bestehende Kriegsgefahr zwischen den vereinigten Balkanern Serbien und Griechenland und dem hartnäckig auf den alten Vertrag bestehenden Bulgarien scheint sich ständig zu mehren. Vornehmlich das Exposé Pasitsch' scheint die Spannung noch verstärkt zu haben:

Wien, 29. Mai. Aus Sofia wird der „Politischen Korrespondenz“ gemeldet: Die Erklärungen des serbischen Ministerpräsidenten Pasitsch' haben in allen politischen Kreisen starke Erregung hervorgerufen und die Situation noch verschärft. Auch an amtlichen Stellen, wo man bemüht ist, die Streitfrage durch Mäßigung abzuschwächen, ist man lebhaft verstimmt. Trotz dieser Eindrücke wird aber in leitenden Kreisen Sofias nicht angenommen, daß der unmittelbare Ausbruch einer akuten Krise zwischen den beiden Staaten bevorsteht. Nach der in diplomatischen Kreisen herrschenden Ansicht ist auch in dieser Angelegenheit für eine vermittelnde Einwirkung der Großmächte Raum gegeben. Das Ansehen der Mächte ist schließlich auch genügend Grund für einen erfolgreichen Einfluß und die Uebernahme einer Vermittlerrolle durch die Mächte kann auch letzten Endes das Äußerste abwenden.

Sofia, 29. Mai. Die Rede des serbischen Ministerpräsidenten hat hier außerordentliche Wirkung hervorgerufen. Man betrachtet sie als Kriegserklärung gegen Bulgarien und als eine Herausforderung, die zugleich die bulgarische Waffenhre belächelt. In ganz Sofia herrscht eine Erregung, welche nur mit der, die zu Beginn des Balkankrieges herrschte, vergleichbar ist.

So versucht man denn nun das Beste, was noch zu tun übrig bleibt. Durch eine persönliche Aussprache der beiden leitenden Minister Serbiens und Bulgariens will man versuchen, die Gefahren zu bannen und einen Ausgleich herbeizuführen. Ob's gelingen wird, ist mehr wie fraglich. Es wird gemeldet:

London, 29. Mai. Einem offiziellen Telegramm, das heute in London einging, zufolge, wegen der serbische und der bulgarische Ministerpräsident nächsten Sonntag eine Zusammenkunft haben, um sich über die serbisch-bulgarische Frage zu besprechen.

Dieser Versuch schließt indessen nicht aus, daß die Bulgaren und Griechen sich ungeniert weiter raufen:

Athen, 29. Mai. Nachdem die Bulgaren auf den Höhen von Pravitich Kanonen aufgestellt hatten, griffen sie am 27. Mai von hier aus ohne jede Veranlassung eine griechische Kompagnie an; über den Verlauf dieses neuen Angriffs ist noch nichts bekannt. Damit auch der Keiz des Pflanzens nicht fehle, spricht man heute zur Abwechslung einmal von einem türkisch-griechischen Bündnis, das seine Spitze gegen Bulgarien richtet:

Konstantinopel, 29. Mai. Die Artikel, die leitende türkische Blätter wie „Tanin“ und „Sabah“ einem Zusammengehen der Türkei und Griechenlands in einem eventuellen Konflikt zwischen Griechenland und Bulgarien widmen, finden in diplomatischen Kreisen aufmerksame Beachtung. In ihnen erhält sich auch mit Beharrlichkeit das Gerücht, das bereits ein-

gehende Unterhandlungen zwischen der Pforte und Athen wegen des Abschlusses eines Uebereinkommens schweben. Türkische Blätter verfolgen den Gedankengang, das Griechenland auf die Annexion der Inseln verzichtet. Sie heben hervor, daß die Verantwortlichen Stellen hier und in Athen den umfassenden wirtschaftlichen und politischen Interessen die beide Länder verbinden, Rechnung tragen.

Weiter wird noch gemeldet:
Tattaro, 29. Mai. Nach hier aus Stutari eingelaufenen Meldungen wurden nunmehr auch die drei Forts Bardagnoff, Schtoj und Brdica von den Montenegrinern geräumt. Der Abtransport des Kriegsmaterials ist beinahe beendet.

Konstantinopel, 28. Mai. Die Fahrtrinne des Hafens von Smyrna ist ausgebaggert worden, Schiffe können nunmehr gefahrlos passieren. Ein russisches Schiff ist bereits in See gegangen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der einmalige Wehrbeitrag. Die Budgetkommission des Reichstages begann am Donnerstag die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag. Wie von den Nationalliberalen und dem Zentrum, sind inzwischen auch von Fortschrittler und Sozialdemokraten Änderungsanträge gestellt worden, die in der Hauptsache andere Staffellungen für die Vermögensabgabe vorschlagen, während die Konservativen sich auf den Wunsch nach weiterem statistischen Material beschränken. Nach einer vorläufigen Berechnung werde, wie Reichschatzsekretär Kühn mitteilt, der Zentrumsantrag 820 Millionen, der fortschrittliche Antrag 755 Millionen, der nationalliberale Antrag 675 Millionen ergeben. Der Schatzsekretär führt aus: Wenn es auch unglaublich übertrieben wäre, diesen Wehrbeitrag eine Konfiskation zu nennen, oder gar das Vorgehen der Reichsregierung mit dem der französischen Revolution von 1879 oder ihn, den Reichschatzsekretär, mit dem französischen Finanzminister zu vergleichen, so sei es doch nicht ganz unzutreffend, daß, wenn man eine solche Vermögensabgabe häufig wiederholen würde, dies schließlich auf eine partielle Konfiskation hinauskommen würde. Gerade aber, weil die Abgabe nur einmalig wäre, müsse man sie in erster Linie dem Vermögen und nicht dem jährlich wechselnden Einkommen anpassen. Die Regierung sei grundsätzlich bereit, in allen Einzelheiten den Wünschen der Kommission entgegenzukommen, denn die Regierung habe das dringendste Interesse, daß dieser, wenn nicht schwierigste, so doch jedenfalls gewichtigste Teil der Deckungsvorlage, und zwar möglichst bald zu Stande käme. Die Aussprache endet damit, daß man beschloß, am Nachmittag eine Besprechung von Mitgliedern aller Parteien abzuhalten, in der versucht werden soll, eine Einigung über die vorliegenden Anträge, insbesondere über die Art der Staffellung und die sonstigen zu Paragraph 1 der Vorlage zehrenden Einzelfragen herbeizuführen. Zu dieser Besprechung werden von jeder Partei zwei Mitglieder delegiert werden. Auch der Reichschatzsekretär wird an dieser Beratung teilnehmen.

Obstruktion in der württembergischen Kammer. In der Zweiten württembergischen Kammer kam es am Donnerstag bei Beratung des Etats zu lebhaften Auseinandersetzungen. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden war, sprach der Abgeordnete Hausmann (Volkspartei) in der Debatte zur Geschäftsordnung von einer Vergewaltigung der Redefreiheit und drohte, daß seine Parteifreunde sich eventuell der Abstimmung enthalten würden. Als dann ein Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Keil, die Abstimmung über einen Antrag des Zentrums zur Frage der Aufhebung der Kreisregierungen auf Freitag zu verschieben, abgelehnt worden war, verließen die Mitglieder der Volkspartei und die Sozialdemokraten, mit Ausnahme Hausmanns und Keils, den Saal. Haus-

mann bezweifelte darauf die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Sitzung mußte abgebrochen und eine neue Sitzung für eine Viertelstunde später anberaumt werden. Als der Präsident von Kraut nach Eröffnung der neuen Sitzung die Etatsberatung bei Titel 2 fortsetzen wollte, erhob Keil Widerspruch. Die Mitglieder der Volkspartei und die Sozialdemokraten verließen abermals den Saal. Präsident von Kraut erklärte, er gehe davon aus, daß die Abstimmung auf Freitag verschoben werde, womit sich aber Hausmann nicht zufrieden gab, sondern eine bestimmte Erklärung verlangte. Nachdem Vizepräsident von Kien dem Präsidenten darin beigestimmt hatte, die Abstimmung auf Freitag zu verschieben, lehrten die Mitglieder der Volkspartei und die Sozialdemokraten auf ihre Plätze zurück und die Beratung nahm ihren Fortgang.

Oesterreich-Ungarn.

Selbstmord eines österreichischen Obersten. Der Generalstabsoberschl. Redl hat am Mittwoch in einem Wiener Hotel Selbstmord durch Erschießen begangen. Dazu schreibt das Organ des Kriegsministeriums, die „Militärische Rundschau“, in ihrer Abendausgabe am Donnerstag, daß der Offizier die Tat vollführt habe, als man im Begriffe war, ihn schwerer sittlicher Verfehlungen, die ihn in finanzielle Schwierigkeiten brachten, sowie des Verkaufes von geheimen dienstlichen Schriftstücken an Agenten einer fremden Macht zu überführen.

Frankreich.

Die französische Heeresvorlage im Senat angenommen. In seiner Sitzung am Donnerstag erörterte der französische Senat in Paris die bereits von der Kammer angenommene Vorlage, betreffend die Forderung von 234 Millionen Francs für die Zurückbehaltung der dritten Jahresklasse unter den Fahnen. Senator Doumer erörterte den Bericht des Heeresauschusses, welcher der Vorlage günstig war und bemerkte dazu, daß es sich allein um Unterkunft- und Unterhaltungskosten für die zurückbehaltenen 190 000 Soldaten handele. Der Sozialist Flaissières bekämpfte lebhaft die militärischen Maßnahmen und betonte, daß kein Ereignis die Regierung gezwungen habe, derart vorzugehen. Kriegsminister Etienne rechtfertigte die militärischen Maßnahmen mit der Notwendigkeit, das Gleichgewicht mit der benachbarten Armee wieder herzustellen. Konnten wir, so führte der Minister aus, untätig bleiben und im September mit nur einer einzigen Jahresklasse und unausgebildeten Rekruten dastehen? Darauf wurde die allgemeine Beratung geschlossen und der Gesetzesentwurf fast einstimmig angenommen.

Proviantankäufe der französischen Regierung. Die französische Militärintendantur kauft im gegenwärtigen Augenblick alle verfügbaren Getreidebestände an. Auch bedeutende Vorräte von Hafer und Mehl, von welcher letzterem sie 200 000 Kilogramm erwarb, sollen den Proviant für das französische Heer erhöhen. Ferner beabsichtigt die französische Regierung einen bedeutenden Ankauf von Pferden und gleichzeitig sucht sie Mittel und Wege, um alle verfügbaren Waren hereinzubekommen.

Bulgarien.

Telegramme des Königs Ferdinand an Kaiser Wilhelm und den Zaren. König Ferdinand sandte Telegramme an Kaiser Wilhelm und den Zaren. Letzterer batte ihn von Berlin aus gebeten, alles, was in seinen Kräften stehe, zu tun, um den Frieden zu erhalten. König Ferdinand legt nun in seinen Telegrammen auseinander, daß die bulgarische Regierung niemals etwas getan habe, was den Frieden gefährden könnte, und daß er selber wie seine Regierung gewillt ist, Konflikte zu verhüten. Er hoffe auf eine friedliche Lösung der ungeklärten Situation.

Mazedonien.

Die Kämpfe in Mazedonien. Während die Truppen des Nachen sich der Stadt Laraband bemächtigten, haben die Anhänger des Kaisers El Paffen am